

An den Kreistagsvorsitzenden
Herrn Karl-Heinz Funck
Riversplatz 1 - 9

Vorlage Nr.: 0343/12017

35394 Gießen

Gießen, den 16. April 2017

Berichts Antrag – Erfahrungen mit der KdU-Richtlinie

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Funck,

die Fraktion Gießener Linke beantragt, der Kreistag möge folgenden Antrag beschließen:

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, im Kreistagsausschuss für Soziales und Integration die folgenden Fragen zu beantworten:

Inzwischen ist die aus vielen Diskussionen hervorgegangene KdU-Richtlinie aus dem Frühjahr 2013 gut vier Jahre gültig und aktualisiert worden. Dies ist der Ausgangspunkt für die folgenden Fragen, deren Beantwortung sich auf Entwicklungen und Erfahrungen seit diesem Zeitpunkt beziehen. Bitte, die Zahlen (Ergebnisse) gestaffelt nach Jahren:

- 1) Zu welchen Ergebnissen hat Anwendung der neuen Richtwerte für die Brutto-Kaltmiete für Bezieher von KdU-Leistungen geführt?

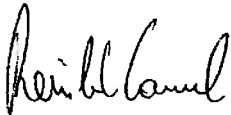
Bei wie vielen liegen die Mietpreise im Rahmen der Richtwerte?
Wie viele wurden beanstandet?

Bei wie vielen Verfahren kam es zu Mietabsenkungen (bitte, jeweils separat nach der Größe – also für 1, 2, 3, 4 und 5 bzw. größeren Mehrpersonenhaushalte)?

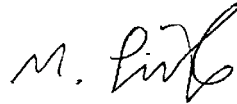
- 2) Bei wie vielen Verfahren kam es nicht zu einer Absenkung, weil (s. Richtlinie S. 6) sie unzumutbar wäre.
 - a) Wie viele wegen Erkrankung, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit?
 - b) Wie viele wegen des Verlusts sozialer Bindungen?
 - c) Wie viele wegen absehbarer Beendigung der Hilfeleistungen?
 - d) Wie viele wegen anderer außerordentlicher Gründe?

- 3) Soweit es zu Mietabsenkungen gekommen ist, um wie viel Prozent überstiegen die Mietpreise die jetzt gültigen Richtwerte gewöhnlich?
- 4) Bei wie vielen Widerspruchsverfahren ist es in der Folge zu gerichtlichen Auseinandersetzungen gekommen?
- 5) Wie viele Bedarfsgemeinschaften zahlen eine über die Richtwerte hinausgehende Miete?

Mit freundlichen Grüßen



Reinhard Hamel
Fraktionsvorsitzender
Gießener Linke



Marcus Link
stellv. Fraktionsvorsitzender
Gießener Linke

Beschluss des Kreisstags vom:
15. März 2017

Die Vorlage wird - mit Zusatzbeschluss -
genehmigt - nicht genehmigt - zurückgestellt

Zur Beglaubigung